

„Ich war, ich bin, ich werde sein“

Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

15. Januar 2008, 18 Uhr
St. Bartholomäuskirche
Friedensstr. 1, 10249 Berlin

Bei der jährlichen von der SED initiierten „Kampfdemonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht“ auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde kam es am 17. Januar 1988 zu einem Aufsehen erregenden Zwischenfall, als zahlreiche Bürgerrechtler die Gedenkfeier nutzten, um öffentlichkeitswirksam auf Transparenten und Plakaten ihre politischen Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Die Veranstaltung endete in einer breiten Verhaftungswelle durch das Ministerium für Staatssicherheit, das bereits im Vorfeld der Veranstaltung massiv gegen potenzielle „Staatsfeinde“ vorgegangen war. Die Festnahmen konnten allerdings die vom MfS gewünschte Stabilisierung nicht mehr hervorrufen. Vielmehr riefen sie eine landesweite Solidarisierung mit den Inhaftierten hervor, von der sich die DDR bis zur friedlichen Revolution von 1989 nicht mehr erholen sollte.

Anlässlich des 20. Jahrestages dieses besonderen Ereignisses ostdeutscher Oppositionsgeschichte lud die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu einem Podiumsgespräch ein, um die Bedeutung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als Legitimationsgrundlage für die DDR und ihre Staatspartei sowie den Wandel des politisch-historischen Deutungsmonopols der SED in den 1980er Jahren zu diskutieren. Darüber hinaus sollte der Umgang mit dem Mythos um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht seit 1989 thematisiert und künftige historische und politische Perspektiven aufgezeigt werden.

In ihrer Begrüßung verwies Marianne Birthler (Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen) auf die vergleichsweise heftige Reaktion der Staatsmacht auf Demonstranten, die ihre ablehnende Haltung gegenüber der SED-Führung ausgerechnet mit Zitaten Luxemburgs ausdrückten und gerade deshalb eine besondere Provokation darstellten. Es habe sich dabei um einen Vorfall gehandelt, der die Diskrepanz zwischen der beinahe sakralen Überhöhung der Person Luxemburgs und der gleichzeitigen stiefmütterlichen Behandlung ihrer Werke in der DDR verdeutlichte. Wurde Luxemburg einerseits zur „Säulenheiligen“ des DDR-Sozialismus stilisiert, die neben anderen Kommunisten wie Liebknecht, Thälmann oder Pieck zur staatlichen Legitimation herangezogen wurde, galt doch ihr facettenreiches und parteienkritisches Werk in der SED als politisch umstritten.

Die Historikerin Dr. Barbara Könczöl (Universität Cambridge), die ihre Promotionsarbeit über die Erinnerungskultur der SED im Hinblick auf die Gedenkfeiern zum Todestag Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts angefertigt hat, bewertete die Ereignisse im Januar 1988 als eindrucksvollen Angriff auf das staatliche Deutungsmonopol. Vor allem im ambivalenten Umgang der DDR-Staatsführung mit Person und Werk Luxemburgs sah Könczöl die provozierende Wirkung eines öffentlichen Bekenntnisses zu Rosa Luxemburg durch DDR-Oppositionelle begründet. Von dem Widerspruch, auf das Zitieren der Werke Luxemburgs

bei einer Gedenkveranstaltung zu ihren Ehren mit Verhaftungen reagiert zu haben, konnte sich die Staatsführung allerdings nicht glaubhaft lösen.

Im Anschluss diskutierten Dr. Barbara Könczöl, Wolfgang Templin (ehem. Bürgerrechtler der *Initiative für Frieden und Menschenrechte*), Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Universität Bochum; stellv. Vorstandsvorsitzender Stiftung Aufarbeitung) und Dr. Thomas Flierl (MdA, Die Linke) unter der Leitung von Dr. Bernd Florath (BStU) auf dem Podium. Templin, der 1988 als Bürgerrechtler an der Organisation der Demonstration beteiligt gewesen war, verwies auf das „auführerische Potenzial“, welches die Person Luxemburgs auf Grund der Tatsache, nicht zur „Moskauer Kommunistenriege“ gehört zu haben, in sich geborgen habe. An jenem 17. Januar 1988 sei der „zentrale Angriff“ auf die SED, die Luxemburg stets nur insoweit gewürdigt habe, wie sie zur eigenen Legitimation beitrug, bewusst geplant gewesen. Auch Thomas Flierl stimmte der Einschätzung Templins zu, in der Störung eines offiziellen staatlichen Rituals der DDR habe eine besondere Sprengkraft gelegen. Im Januar 1988 seien, so Flierl, „verschiedene DDR-Welten“ aufeinandergeprallt, die den staatlichen und gesellschaftlichen Erosionsprozess offen zu Tage treten ließen.

Den Demonstranten, so Bernd Faulenbach weiter, sei es vor allem darum gegangen, die einseitige und eklektische Instrumentalisierung der Geschichte durch die SED öffentlichkeitswirksam zu demaskieren. Dass sich allerdings der jährliche „wallfahrtsähnliche“ Gang nach Friedrichsfelde bis heute als eines der wenigen Rituale der DDR in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung gehalten habe, wertete Faulenbach als beunruhigendes Signal offener DDR-Nostalgie, gepaart mit einer allgemeinen Ablehnung westlicher Demokratie. Faulenbach regte daher an, nach Alternativen zum bisherigen Erinnerungsweg zu suchen, dem er durch seine bis heute unveränderte Symbolik „immer noch viel DDR-Überhöhung“ attestierte. Demgegenüber sei eine historisierte Annäherung an Rosa Luxemburg anzustreben, die ihren persönlichen und politischen Brüchen gerecht würde und sie als historische Person in ihren zeitgenössischen Kontext einordne.

Schließlich resümierte Diskussionsleiter Dr. Bernd Florath, rund zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution sei der Streit um die Positionierung Luxemburgs in der erinnerungspolitischen Landschaft eines vereinigten Deutschlands, auch jenseits der politischen Linken, längst nicht ausgefochten. „Alles“, so Florath abschließend, „bleibt offen“.

Julia Spohr, Berlin